

Kraftwerke:

So viel von Habecks Strategie steckt in Reiches Energiepolitik

Mit ihrer neuen Kraftwerksstrategie wollte sich die schwarz-rote Koalition energiepolitisch von der Ampel abgrenzen. In seiner Neujahrsansprache betonte Bundeskanzler Merz die Unterschiede zum Konzept des ehemaligen Ministers Habeck. Aussagen des Bundeswirtschaftsministeriums unter Katherina Reiche widersprechen dieser Beurteilung jedoch teilweise.



Bundeswirtschaftsministerin **Katherina Reiche** hatte stets betont, eine politische Wende gegenüber ihrem Vorgänger Robert Habeck zu vollziehen.

Foto: John Macdougall/AFP via Getty Images

[Reinhard Werner](#), EPOCH TIMES vom 25. Januar 2026, Lesedauer:5 Min.

In Kürze:

- Bund und EU-Kommission einigen sich auf Eckpunkte für **neue Kraftwerksstrategie**
 - Merz betonte **Abgrenzung zum Konzept von Habeck**
 - **Reiche-Aussendung** relativiert Aussagen des Kanzlers
-

Mitte Januar teilte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [mit](#), dass es mit der EU-Kommission eine Grundsatzvereinbarung über die Eckpunkte der deutschen Kraftwerksstrategie gibt. Es handelt sich dabei vorerst lediglich um einen politischen Rahmen. Eine abschließende beihilferechtliche Genehmigung ist damit noch nicht verbunden – diese kommt erst nach Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs in Betracht.

Kraftwerksstrategie: Was BM Katharina Reiche mit Brüssel ausgehandelt hat

Die Strategie soll der Absicherung der Stromversorgungssicherheit in Deutschland dienen. Zudem erhofft sich Ministerin Katherina Reiche Orientierung beim Aufbau eines technologieoffenen Systems mit steuerbarer Leistung. Die Kraftwerksstrategie ist, wie die Bundesregierung betont, vereinbar mit den Klimazielen der EU und dem Ziel deutscher Klimaneutralität bis 2045 und soll zudem den bis 2038 geplanten Kohleausstieg absichern.

Noch im Jahr 2026 soll es eine Ausschreibung über den Betrieb von Kraftwerken mit einer neuen, zusätzlichen Kapazität von 12 Gigawatt (GW) geben. Dabei muss für mindestens 10 GW ein Langfristkriterium erfüllt sein, das heißt, die Kraftwerke müssen über einen längeren Zeitraum am Stück Strom erzeugen können. Spätestens im Jahr 2031 sollen diese ihren Betrieb aufnehmen.

Bei 2 GW muss die Kraftwerksleistung technologieoffen mit Blick auf Speicher und flexible Lösungen ausgestattet sein. Eine Umstellung auf Wasserstoff soll bei mindestens 2 GW bis 2040 und bei weiteren 2 GW bis 2043 zwingend erfolgt sein. Weitere Ausschreibungen sind für die Jahre 2027 und 2029/2030 vorgesehen. Auch bestehende Anlagen dürfen teilnehmen.

Habeck wollte ebenfalls deutlich höhere Kapazitäten ausschreiben

Mit der Einigung über Kapazitäten im Umfang von 12 GW bleibt der Bund deutlich hinter den von Wirtschaftsvertretern [als erforderlich angesehenen](#) 15 bis 20 GW zurück. Die EU-Kommission hatte sich jedoch dagegen gesperrt, da sie in diesem Umfang einen Verstoß gegen europäisches Beihilferecht gesehen hätte.

Ursprünglich wollte Reiches Amtsvorgänger Robert Habeck schon 2024 bis zu 30 GW an Kraftwerkskapazitäten ausschreiben. Deutschland musste in diesem Jahr einen Rekordwert an Energie importieren – auf einem nach wie vor spürbar erhöhten Preisniveau. Allerdings hatte die EU-Kommission Habeck bereits damals signalisiert, dessen Pläne lediglich im Umfang einer Kapazität (**Nennleistung**) von 12 bis 12,5 GW zu genehmigen. Daraufhin legte er ein entsprechend abgespecktes Konzept vor. Dieses sah fünf Kraftwerke vor, die mit fossilem Gas betrieben werden, und fünf mit Wasserstoff betriebene.

Als aus Brüssel ähnliche Signale in Richtung **BM Katharina Reiche** kamen, stand im Raum, dass die schwarz-rote Koalition gezwungen sein würde, das Habeck-Konzept aufzugreifen. Immerhin sei dieses bereits mit Brüssel abgestimmt worden – die Umsetzung scheiterte jedoch am Bruch der Ampelkoalition.

Merz betont Abgrenzung

Vor der IHK in Halle an der Saale hatte Bundeskanzler Friedrich Merz beim Neujahrsempfang am 14. Januar [laut „WELT“ erklärt](#), die Einigung mit Brüssel ermögliche nun den Bau von Gaskraftwerken, die nicht von Beginn an wasserstofffähig sein müssten. Merz erklärte: „*Wir haben den Wasserstoff nicht, den wir dafür eigentlich bräuchten.*“

Die Einigung, die Ministerin Reiche erzielen konnte, unterscheidet sich in diesem Bereich wesentlich von jener, die Habeck erzielt hätte. Im Redetext, den die Bundesregierung [dokumentierte](#), findet sich die Passage nicht.

Allerdings heißt es in der Mitteilung des BMWK zur Einigung von der Ministerin selbst, dass sämtliche Kraftwerke, die im Rahmen der Kraftwerksstrategie gebaut würden, „wasserstofffähig sein und spätestens bis zum Jahr 2045 vollständig dekarbonisieren“ werden. Dies hatte auch die Einigung beinhaltet, die Habeck erzielt hatte.

Wo Habeck und Reiche ähnlich liegen – und wo sie sich unterscheiden

Beide Konzepte stimmen hinsichtlich des Umfangs der Kapazitäten überein. Von einer Abstimmung mit der EU sind beide abhängig – diese hätte kaum Beihilfen für Anlagen genehmigt, die weder H2-ready noch H2-only gewesen wären. Allerdings gibt es Unterschiede [hinsichtlich des Hauptfokus](#). Dieser lag bei Habeck auf der Dekarbonisierung, bei Reiche auf der Versorgungssicherheit. Deshalb gibt es bei Reiche auch ein deutlicheres Bekenntnis zur Technologieoffenheit.

Habeck sah in seinem Konzept auch feste Umstellfristen zwischen 2035 und 2040 vor, während Reiche flexible Anreize [bis 2045 favorisierte](#). Aufgrund seines Fokus auf Dekarbonisierung wollte der Grünen-Politiker die Finanzierung verstärkt auf den Klima- und Transformationsfonds (KTF) stützen.

Die amtierende CDU-Ministerin will die Finanzierung über [Umlagen und Marktmechanismen](#) sicherstellen. Außerdem soll ab 2027 der Aufbau eines Kapazitätsmarkts erfolgen. Dieser soll ab dem Jahr 2032 gewährleisten, dass ausreichend steuerbare Kapazitäten im System vorhanden sind. Die höheren Kosten von Wasserstoff im Vergleich zu Gas sollen über Differenzverträge ausgeglichen werden.